

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	34 (2015)
Heft:	66
Artikel:	Angriff der neoliberalen Arbeitsplatzvernichter : gewerkschaftliche Strategien für eine ökosoziale Industriepolitik
Autor:	Pardini, Corrado
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-651881

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Angriff der neoliberalen Arbeitsplatzvernichter

Gewerkschaftliche Strategien für eine ökosoziale Industriepolitik*

Thomas Jordan wusste genau, was er tat. Als der Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB) am 15. Januar 2015 den Frankenkurs in die Hände der Spekulation legte, war ihm klar, dass er eine Rezession auslösen und die Existenz Zehntausender Familien gefährden würde. Gerade 45 Sekunden brauchten die Spekulanten nach Jordans Ankündigung, da schoss der Franken schon in die Höhe und stand zum Euro vorübergehend in Parität. Nur Stunden später meldeten Zulieferbetriebe, dass die Konzerne von ihnen verlangten, sofort die Preise um zwanzig Prozent zu senken. Andernfalls werde man im Ausland neue Lieferanten finden. Zwei Tage darauf wurden die ersten Personalkommissionen mit der Aufforderung oder Verfügung konfrontiert, die Beschäftigten müssten ab sofort Sonder-schichten schieben. Natürlich ohne Lohn.

Seit Januar schrumpft die Schweizer Wirtschaft. Die Konjunkturforschungsstelle KOF rechnet mit dem Verlust von 40 000 Arbeitsplätzen.¹ Die Exporte brechen weg. Allein die Maschinenindustrie meldete Ende Mai fast zwanzig Prozent weniger Auftragseingänge. Täglich kommt es zu Entlassungen. Im Juni schlossen die ersten Grosshotels, die Industrie entlässt reihum Arbeitende, die Renten sind wegen der verfügbten Negativzinsen in Gefahr.

Jordans Entscheid, den er auf Betreiben von Bankerinnen und von Christoph Blocher, dem Übervater der Schweizerischen Volkspartei (SVP), fällte, beschleunigt eine Deindustrialisierung, von der man noch 2007 dachte, sie sei abgewendet worden. Kein anderes westliches Land hat eine so hohe industrielle Wertschöpfung wie die Schweiz. Wir sind ein Industrieland. Zwischen 2003 und 2007 erlebte die Industrie sogar einen markanten Aufschwung,² der neben immensen Gewinnen rund 40 000 neue Jobs schaffte.³ Die Finanz- und Wirtschaftskrise brach ihn. Der Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro, von der SNB im Herbst 2011 verfügt, bremsste die Zerstörung nur vorübergehend. Seither bedroht die spekulative Aufwertung des Frankens die Produktion in der Schweiz. Jordan macht Wirt-

* Dieser Beitrag entstand in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Industriepolitik des Sektors Industrie der Gewerkschaft Unia.

schaftspolitik. Er greift in die Strukturen ein. Damit steht die Zukunft der Industrie auf dem Spiel.

Heimliche Agenda

Klassenkampf? Die SVP, die Freisinnig-demokratische Partei (FDP) und Arbeitgeberverbände haben alle Mühe, ihre Freude zu verbergen. «Der Frankenschock drängt die Linke in die Defensive», jubelte die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ).⁴ Nachdem die Neoliberalen die Weltwirtschaft ins Chaos gestürzt haben, wittern sie heute die Chance, ihr Regime nicht nur zu verlängern, sondern zu verschärfen. Jordans Entscheid war eine monatelange Kampagne der SVP und der Arbeitgeberinnen für einen rechten Schulterschluss zur «sozialpolitischen Wende» vorausgegangen.⁵ Im Dezember veröffentlichte der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse⁶ ein radikales Abbauprogramm. Die FDP übernahm es. Im Februar forderte UBS-Chef Sergio Ermotti weitgehende Deregulierungen.⁷

Es sei Zeit, dass die Gewerkschaften die Zeichen verstanden, fasste der Wirtschaftschef der NZZ in einem programmatischen Artikel (in der FDP «Tagesbefehl» genannt) zusammen und betete eine ganze Litanei von Lohnsenkungen, Arbeitszeiterhöhungen, Sozialabbau, Steuersenkungen, AHV-Reform etc. herunter.⁸ Das Ende jedes sozialen Kompromisses. Der SNB-Beschluss ist Teil des Angriffs der Banken auf den Werkplatz und der neoliberalen Bourgeoisie auf sämtliche Institutionen des schweizerischen Klassenkompromisses. Manche kleine Episode illustriert dies. Etwa diese: Die Gewerkschaft Unia reagierte auf den Entscheid Jordans sofort. Sie verteilte den Personalkommissionen eine Anleitung samt Musterabkommen für den Fall, dass ihr Betrieb Gratisarbeit, Eurolöhne oder Lohnsenkungen verlangen würde. Im Kern schrieb die Gewerkschaft, die Unternehmen müssten ihre Notlage durch Offenlegung der Bücher belegen und eine Einigung müsse immer mit Garantien für Löhne und Arbeitsplatz verbunden sein. Kein revolutionäres Ansinnen, sondern alltägliche Gewerkschaftsarbeit. Doch Vertreterinnen der Arbeitgeber konnten sich vor Empörung kaum zurückhalten. Nun lassen mehrere Konzerne mit hohen Gewinnen ihre Beschäftigten drei, vier oder fünf Stunden pro Woche ohne Lohn arbeiten. Auch andere Grosskonzerne machen mit der Frankenkrise zusätzlichen Profit, etwa durch den billigeren Einkauf von Rohmaterial und Halbfertigprodukten aus dem EU-Raum.

Doch Ende Juni begann sich die Kritik von Ökonomen, Politikerinnen und Industriellen wie Nick Hayek an der Hartfrankenpolitik zu verdichten. Immer mehr Stimmen verlangen einen neuen Mindestkurs. Einig sind sie sich auch, dass dies mit Jordan an der Spitze nicht mehr zu erreichen ist. Auf der anderen Seite wächst der Widerstand in den Betrieben. In drei

Tessiner Fabriken und einigen Betrieben der Romandie konnten die Belegschaften Lohnsenkungen oder Arbeitszeiterhöhungen mit Arbeitskämpfen abwenden. Sie blieben auch hart, als die Besitzer mit Schliessung drohten.

Warum ein Mindestkurs alleine nicht ausreicht

Ein Franken-Mindestkurs für Euro und Dollar brächte Erleichterung. Rasch durchgesetzt, könnte er Tausende Arbeitsplätze in der produzierenden Ökonomie retten – und zahlreiche Klein- und Mittelunternehmen. Vor allem aber würde ein schwächerer Franken den Konzernen und ihren Wirtschaftsverbänden eine mächtige Waffe gegen die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften aus der Hand schlagen. Doch die ernüchternde Wahrheit ist: Um die erneut angestossene Deindustrialisierung der Schweiz zu stoppen, braucht es einiges mehr als einen gezähmten Franken. Denn sogar bei einem Euro-Kurs von 1.15 Franken – im Moment der höchste Wert, den die Verfechterinnen eines neuen Mindestkurses der SNB abzutrotzen hoffen – bliebe der Franken noch stark überbewertet, egal, mit welcher Methode man den «fairen» Kurs errechnet (vgl. Beitrag Lampart in diesem Heft). Sogar mit dem alten Mindestkurs von 1.20 pro Euro wurde der Franken deutlich über seiner Kaufkraftparität getauscht. In die Nähe eines ökonomisch realen Kurses kam der Franken zum letzten Mal im März 2011 (1.30 pro Euro). Faktisch haben die Konzerne in der Industrie seit mehr als vier Jahren Arbeitsplätze zerstört, Aufträge vermehrt an ausländische Lieferanten vergeben, Projekte für Auslagerungen forcier und das Letzte aus den Arbeiterinnen gepresst, um die Produktivität zu erhöhen. Der Mindestkurs von 1.20, den die SNB nach einem «Franken-Grütli»⁹ zwischen Bundesrat und Wirtschaftsführern am 5. September 2011 einführte, hatte den Konzernen etwas Zeit für diesen Umbau verschafft. Nach dem 15. Januar 2015 aber beschleunigte sich dieser Vorgang, der mit dem Wort «Strukturwandel» nur schönfärberisch beschrieben wird: Seit 2011 verlor die Industrie 20 000 Arbeitsplätze – bei steigenden Gewinnen der Konzerne, was nichts anderes bedeutet als Wachstum ohne Jobs.¹⁰

Der wichtigste Grund für die massive Überbewertung des Frankens liegt ganz einfach in der Machtkonstellation: der Dominanz der Grossbanken und der Hedgefonds, der Versicherungskonzerne, TreuhänderInnen und anderer Vermögensdienstleister über die Schweizer Politik. Heute arbeiten Hunderte von Beamten, Lobbyisten und Politikerinnen daran, die Anziehungskraft des Paradeplatzes als Fluchthafen für das globale Kapital zu erhalten und weiter auszubauen. Dazu dienen etwa die Unternehmenssteuerreformen, die Abkoppelung der Schweiz von der internationalen Bankenregulierung, aber auch Dutzende von scheinbar un-

bedeutenden Massnahmen im Konzern- und Aktienrecht, in der Handelsdiplomatie, bei der Bankenaufsicht etc.

Das Bankgeheimnis, das lange Zeit den steten Fluss von Potentatengeldern, Steuerfluchtmilliarden und Geldwäschepaketen garantierte, fällt zwar gerade – doch nur für die reiche Welt. Derweil hat die Bankenlobby auch schon für einen Teilersatz gesorgt, nämlich auf dem Umweg der Unternehmenssteuerreform II. Sie wurde so gebaut, dass über die steuerfreie Ausschüttung von überschüssigem Kapital (Agio) Geld gewaschen werden kann. Bisher kamen laut Statistik der Finanzverwaltung schon weit über tausend Milliarden Franken in den Genuss der Steuerbefreiung, mehrheitlich flüchtiges Geld aus dem Ausland. Geschrieben haben die entscheidenden Passagen des Gesetzes die Treuhänder, im Parlament durchgesetzt hat es die SVP, und für die Irreführung der Bevölkerung während der Abstimmungskampagne (gemäss Bundesgericht)¹¹ sorgte der damalige FDP-Bundesrat und frühere UBS-Kadermann Hans-Rudolf Merz.

Nun sollen in der Unternehmenssteuerreform III auch die steuerlichen Sonderregelungen für internationale Holdings zementiert werden. Die Europäische Union (EU) und andere supranationale Institutionen hatten diese Steuerbefreiungen als unlauteren Wettbewerb kritisiert, der zur juristischen Ansiedlung von zahlreichen global agierenden Konzernen (zum Beispiel des Rohstoffhandels) im Steuerparadies Schweiz führte. Der Bundesrat, der diese legale Steuerflucht in den höchsten Tönen lobt, will das Problem mit einem Trick lösen: Statt das Steuerprivileg abzuschaffen, soll es auf Schweizer Konzerne ausgedehnt werden. Damit stünde der öffentlichen Hand noch weniger Geld zur Verfügung, der Sparzwang nähme zu. Und die Konzerne, die im Schnitt schon deutlich weniger als acht Prozent Steuern bezahlen, könnten Extragewinne einstreichen. Der Finanzplatz gewinne einmal mehr.

SVP, FDP und Grünliberale stehen im Dienst der Finanzkonzerne. Das zeigte sich seit der UBS-Rettung vom Oktober 2008 bei jedem Versuch, im Parlament den hoch konzentrierten Bankensektor des Landes – die vier «systemrelevanten» Banken UBS, CS, ZKB¹² und Raiffeisen halten zusammen rund 75 Prozent Marktanteil¹³ – zu regulieren. Volkswirtschaftlich ist das Irrsinn: Der Finanzplatz erwirtschaftet nur einige Prozent des Bruttoinlandprodukts. Aber von UBS und CS geht das höchste Risiko für den Wohlstand des Landes aus. Eine Gefahr, die auch noch mit vielen Milliarden vom Staat subventioniert wird: Die vier Banken, die von der Nationalbank als «too big to fail» erklärt wurden, haben sozusagen eine staatliche Garantie für ihre Geschäfte – sie können also höhere Risiken eingehen. Drohen sie zusammenzubrechen, wie die UBS, werden sie mit öffentlichem Geld gerettet und müssen hernach jahrelang keine Steuern mehr bezahlen.

In diesem ökonomisch absurd Machtdispositiv spielt die SNB eine zentrale Rolle. Thomas Jordan, der «Zerstörer», wurde von Christoph Blocher ins Amt gehievt, nachdem Blocher im Jahr 2012 Jordans Vorgänger Philipp Hildebrand aus dem Weg räumte – mithilfe von privaten Bankunterlagen über verdächtige Devisengeschäfte von Hildebrands Ehefrau, die Blocher angeblich von einem SVP-Kantonsparlamentarier zugespielt worden waren. Hildebrand war vor seinem Job bei der SNB Hedgefonds-Manager und hat danach seine alte Tätigkeit wieder aufgenommen, beim weltgrössten Fonds, Black Rock. International vernetzt, spielte Hildebrand in diversen privaten Machtgremien, etwa in der Group of Thirty der Rockefeller-Stiftung, eine Rolle bei der Abwendung eines Zusammenbruchs des Kapitalismus nach der Finanzkrise. Wie knapp das war, sagte er in einem Interview: «Die Kugel flog nahe am Kopf vorbei.»¹⁴

Thomas Jordan hingegen war immer Zentralbanker. Wie Hildebrand in Harvard ideologisch gestählt, qualifizierte er sich in den Augen der SVP als Euro-Skeptiker und als Verfechter der Währungssouveränität für das SNB-Präsidium. Zudem tat er als Vizepräsident der Too-Big-To-Fail-Expertenkommision, Betreiber der UBS-Rettung und als Verwaltungsratsvorsitzender des Fonds zur Verwertung der UBS-Schrottapiere seine Schuldigkeit.

Die Freigabe des Frankens für die Spekulation lockte in den letzten Wochen gigantische Summen in die Schweiz. Blocher, ehemaliger UBS-Verwaltungsrat, brummte nach Jordans Entscheid: Der «hätte auch früher kommen können». Zu messen ist der neue Kapitalzufluss etwa in der Quartalsbilanz der UBS: Nach dem 15. Januar floss so viel Geld in die Tresore der Grossbank, dass ihr Gewinn in den ersten drei Monaten des Jahres 2015 fast zwei Milliarden Franken erreichte – doppelt so viel, als Börsen- und Bankexpertinnen erwartet hatten.¹⁵

Dass die SVP und die FDP die Rolle des politischen Arms des Finanzplatzes übernehmen, ist nicht nur der intensiven Finanzierung dieser Parteien durch die Banken geschuldet. Die Führungsriege dieser Parteien – etwa der Finanzoligarch Blocher – und die Banker Marcel Ospel, Oswald Grübel, Konrad Hummler, Sergio Ermotti oder Urs Rohner, um nur einige zu nennen, haben eine gemeinsame Vision für die Schweiz der Zukunft: Sie soll als Finanz- und Dienstleistungszentrum für die 0,1 Prozent der Reichsten dieser Welt funktionieren. Eine Schweiz ohne Opposition, ohne Gewerkschaften, ohne Industrie. Singapur sei das Vorbild, hat der Privatbankier Hummler verlauten lassen. Eine Schweiz mit einem degradierten Parlament, privatisierten Sozialversicherungen und gelegentlichen SVP-gesteuerten Plebisziten.

Gewinnt der bürgerliche Block in den Wahlen vom Oktober wieder Nationalratssitze hinzu, wie die Umfragen prognostizieren, wird der Parade-

platz den bürgerlichen Schulterschluss definitiv einfordern. Der 18. Oktober wird zu einer entscheidenden Richtungswahl für die Schweiz.

Seit etlichen Jahren betreibt die Schweizer Regierung eine aufwendige Finanzplatzpolitik, die sie zu Teilen an die SNB auslagert. Aber als einziges OECD-Land hat die Schweiz keine Industriepolitik, die diesen Namen verdient. Sogar die konservative Regierung Grossbritanniens, deren Vorgängerinnen die Insel fast völlig deindustrialisierten («Big Bang»), hat nun ein ehrgeiziges Programm zur Reindustrialisierung vorgelegt.

Warum ist die Industrie wichtig?

Klar reden wir als Industrie-Gewerkschafterinnen und -Gewerkschafter der Produktion das Wort. Doch sprechen objektive Gründe dafür, die Industrie als wichtiges Standbein *jeder* Ökonomie zu erhalten. Sogar ein eingefleischter Geldtheoretiker wie Peter Bernholz, der seit etlichen Jahrzehnten die SNB und die Regierung in Geldpolitik berät, kritisierte Jordan harsch und sagte: «Wir dürfen auf keinen Fall eine Deindustrialisierung zulassen, wie sie in Grossbritannien passiert ist.»¹⁶

Dass wir begründen müssen, was Bernholz als selbstverständlich voraussetzt, sagt etwas über Gewerkschaften und Linke aus. Bis weit in unsere Milieus hinein hat sich die neoliberalen Doktrin durchgesetzt, die Industrie sei in den alten Industrieländern ein Auslaufmodell. Für Mainstream-Ökonomen ist es sogar ein Naturgesetz: Weil die Löhne hoch seien, könne sich hier keine industrielle Produktion behaupten. Sie blenden nicht nur die industrielle Realität der Schweiz aus, sondern vergessen auch, dass die Deindustrialisierung des Landes in den 1980er- und 1990er-Jahren von den Banken organisiert wurde. Grossflächig würgten sie rentable Industriezweige wie die Bahnindustrie ab, um das frei werdende Kapital mit Finanzspekulationen zu mehren. Dies sollte auch mit der Uhrenindustrie geschehen: Zu Beginn der 1980er-Jahre beauftragten die Schweizerische Bankgesellschaft und der Schweizerische Bankverein (die später zur UBS fusionierten) den Unternehmensberater Nicolas Hayek, die Uhrenkonzerne ASUAG und SSIH an die japanische oder chinesische Konkurrenz zu verkaufen. Schon damals war die Nationalbank ein zentraler Akteur der Deindustrialisierung. Unter Markus Lusser, einem früheren Sekretär der Bankiervereinigung und ab 1988 SNB-Präsident, betrieb sie eine Hochzinspolitik, die mehr als 100 000 Arbeitsplätze vernichtete.

Diese Bankenstrategie folgte einer Veränderung der inneren Mechanik kapitalistischen Wirtschaftens. In der lang anhaltenden Krise nach 1973 waren die Gewinne aus der Produktion zwar noch real, aber sie konnten die ständige Vermehrung des Kapitals und seine Konzentration immer weniger garantieren. Der Kapitalismus stiess an eine innere Grenze: Die

Unternehmen konnten nicht einerseits die Löhne erhöhen, um Kaufkraft für ihre Produkte zu schaffen, und andererseits den Mehrwert, den sie aus der Arbeit der Arbeitenden zogen, beliebig erweitern. Starke Gewerkschaften hatten zudem die Verteilung der wachsenden Produktivitätsgewinne durchgesetzt. In der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie zum Beispiel mit der Arbeitszeitreduktion auf die 40-Stunden-Woche im Gesamtarbeitsvertrag (MEM-GAV) von 1983. Es sollte bis 2013 der letzte MEM-GAV mit einer substanziellen Verbesserung bleiben.

Firmenkonzentrationen, Lohnsenkungen, die globale Expansion unter Einschluss Chinas als neuer Produktionsstätte für die Welt und die Entfesselung der Finanzmärkte brachten den Kapitalismus wieder in Schwung. Mittel dazu war die neoliberalen (Konter-)Revolution. Sie zielte darauf, die Regierungen zu entmachten, ihnen die Möglichkeit zu nehmen, die Arbeitenden durch Gesetze zu schützen, sie sozial abzusichern oder wesentliche wirtschaftliche Faktoren wie etwa die Kapitalströme zu kontrollieren. In der reichen Welt ging es den Neoliberalen vor allem darum, die Verteilung der Produktivitätsgewinne zu beenden. Tatsächlich stagniert seit den 1980er-Jahren die frei verfügbare Kaufkraft der Mehrheit der Arbeitenden in fast allen westlichen Volkswirtschaften. Das konnten die Regierenden nur durch die Zurückbindung – in manchen Ländern durch die Zerschlagung – der Industriegewerkschaften durchsetzen. Darum gab die britische Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990) die Lösung aus: Industrie destabilisieren, Gewerkschaften zerschlagen, Finanzkapital entfesseln.

Begleitet war der Angriff auf die «schmutzige, laute, umweltzerstörende» Industrie von Lobeshymnen auf die «sauberen» Finanz- und Dienstleistungsjobs. Seither ist aus dem Service-Paradies ein Albtraum mit tiefen Löhnen (Detailhandel), langen Arbeitszeiten und prekären Arbeitsverhältnissen geworden. Goldman Sachs, die mächtigste Bank der Welt, führte im Juni 2015 für Praktikanten den 17-Stunden-Arbeitstag ein – als Arbeitszeitbegrenzung. In der Regel hatten die Jungbanker länger gearbeitet, als von ihnen erwartet wurde.¹⁷ Inzwischen haben aber die USA und die EU milliardenschwere Reindustrialisierungsprogramme aufgelegt.¹⁸

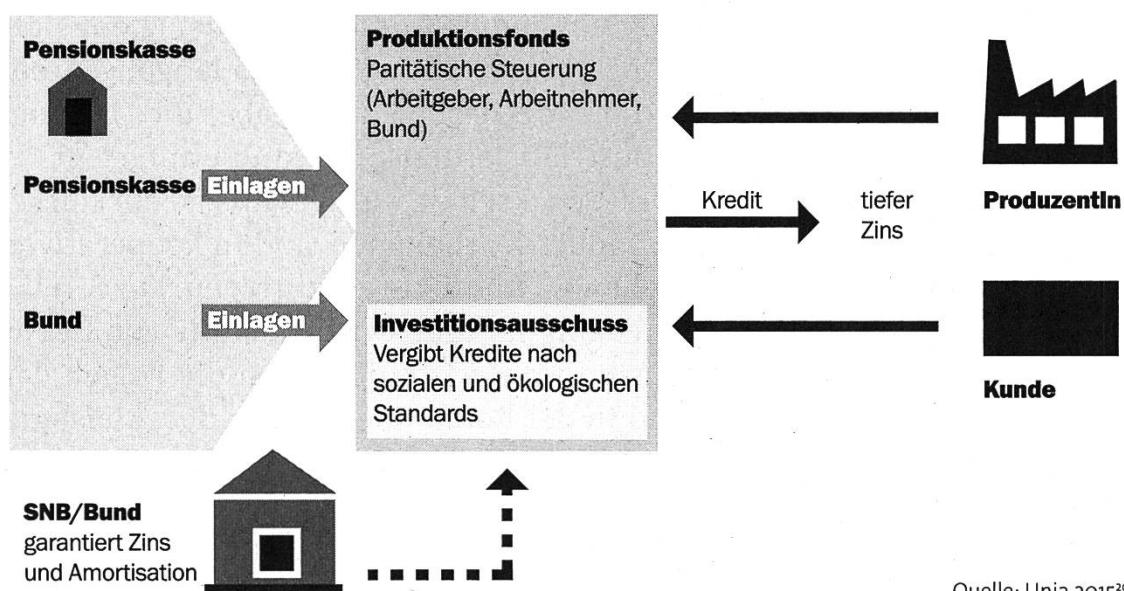
Für die Wirkungsmacht einer Gewerkschaft wie der Unia ist ein starker Sektor Industrie entscheidend. Industriearbeitende sind in kooperativen Arbeitsformen geübt und verstehen es, Konflikte auszutragen. Die Streiks bei Swissmetal in Reconvilier, jene in der Industriewerkstätte von Bellinzona («Officine») oder die jüngsten Arbeitskämpfe gegen die Folgen des starken Frankens im Tessin und in der Romandie belegen das. Meist gut ausgebildet, entwickeln Industriearbeitende ein starkes Klassenbewusstsein; sie treten den Arbeitgebenden direkt gegenüber, wie es in den Verhandlungen und Konflikten um den neuen MEM-GAV (2012–2013) mehrfach geschehen ist.

Gewerkschaftliche Industriepolitik

Ein Mindestkurs ist gewiss eine Vorbedingung, um das sich anbahnende Massaker in der Industrie und anderen Branchen zu beenden. Für die Produktion und den Werkplatz braucht es mehr. Die Gewerkschaft nennt es Industriepolitik,¹⁹ weil kein besseres Wort zur Verfügung steht. In den vergangenen fünf Jahren hat die Arbeitsgruppe Industriepolitik der Unia dafür ein ganzes Paket geschnürt. Knapp gefasst, enthält es:

- Ein Konzept für den ökosozialen Umbau. Im Kern steht die Erkenntnis, dass es dabei nicht nur um saubere Energie geht, sondern um die Erneuerung fast aller industriellen Schlüsseltechnologien, ihrer Maschinen und um innovative Formen von Konsum und Mobilität.
- Einen paritätischen Produktionsfonds, der diesen Umbau finanzieren kann (siehe Abbildung 1). Er knüpft Kredite an ökologische wie soziale Kriterien (etwa einen Gesamtarbeitsvertrag).
- Eine stark aufgewertete Agentur für technische Innovation. Das Problem ist der ungenügende Zugang der KMU zu produktionsreifen Technologien, d. h. zum ökologischen Umbau ihrer eigenen Produktion.
- Einen neuen Auftrag an die SNB, nicht nur die Preisstabilität, sondern die Arbeitsplätze zu sichern.
- Als Überbrückungslösung: eine Export-Währungsversicherung (Serv+), finanziert aus einer automatischen minimalen Devisenhandelsabgabe von 0,1 Prozent. Sie würde Unternehmen erlauben, Euro und Dollar aus nachgewiesenen realwirtschaftlichen Geschäften zu einem vernünftigen Kurs zu tauschen.

Abbildung 1: So funktioniert der Produktionsfonds



Quelle: Unia 2015²⁰

Zusammengefasst handelt es sich um eine Industriepolitik einer anderen Art. Klassische Industriepolitik war oft Artenschutz oder simple Plünderei der öffentlichen Hand (Steuerbefreiungen, Gratisland, Forschungsfinanzierung usw.).²¹ Es geht uns nicht darum, Subventionen an Firmen auszurichten. Nicht darum, umweltzerstörende Industrien oder ethisch fragwürdige Methoden unter Hinweis auf unsere Jobs zu decken. Und erst recht nicht um Wirtschaftsförderung oder Standortwettbewerb. Das sind Minussummenspiele für die Arbeitenden und die öffentliche Hand. Zudem: Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen nicht im Wettbewerb mit den Arbeitenden in anderen Regionen und Ländern.

Dagegen sind unsere politischen Massnahmen so konstruiert, dass sie den notwendigen ökosozialen Umbau befördern. Wir wollen industrielle Substanz erhalten. Bessere Arbeit fördern. Soziale und ökologische Kriterien in Investitionsentscheide einbringen. Und uns einmischen: Zum ersten Mal liegt hier ein umfassender Vorschlag der Gewerkschaften vor, der die gesellschaftlich notwendigen Investitionen zur Debatte bringt. Der mit dem Produktionsfonds für den ökosozialen Umbau den Banken und ihren Renditeansprüchen (und Zumutungen) einen alternativen Industriekredit gegenüberstellt. Finanziert aus Altersvorsorgegeldern, garantiert von der SNB – damit entziehen wir Pensionskassengeld der Spekulation. Weil der Fonds, wie wir ihn ins Spiel bringen, paritätisch gestaltet ist, bringt er die Wirtschaftsdemokratie ein Stück voran. Wir stärken mit dem Zentrum für technische Innovation die KMU gegenüber den Konzernen. Mit der Serv+ wird das Verursacherprinzip in die Finanzwelt eingeführt: Spekulanten bezahlen für einen korrekten Frankenkurs der real Exportierenden. Wir wagen also ein wirtschaftspolitisches Statement. Gewerkschaften sollten sich nicht mehr darauf beschränken, die Folgen erlittener Veränderungen der Wirtschaft zu bekämpfen. Wir müssen der Profitlogik unser eigenes Bild von der Gesellschaft der Zukunft entgegenhalten.

Dass dies auf pragmatische Lösungen zielt, ist kein Fehler: Entscheidend ist nur, dass die Lösungen, die wir vorschlagen, erstens eine substantielle Gegenleistung der Arbeitgeber einfordern (klassische Logik), und zweitens immer eine Alternative, einen Gegenentwurf formulieren. Wo wir an Grenzen stossen, stellen wir sie infrage. So wird es in der Schweiz kaum sozialen Fortschritt und eine sinnvolle ökonomische Entwicklung geben, wenn wir die Bankenmacht nicht brechen.

Unsere Arbeitsgruppe hat, zusammen mit externen Expertinnen, eine neue Bankeninitiative («Bankensicherheits»-Initiative) formuliert. Sie fordert ein Trennbanksystem und eine sehr viel höhere Eigenkapitalausstattung. Vor allem aber verlangt sie die Abkoppelung der öffentlichen Hand von den Grossbanken. Dies könnte die Grundlagen der Politik in der Schweiz vom Kopf auf die Füsse stellen.

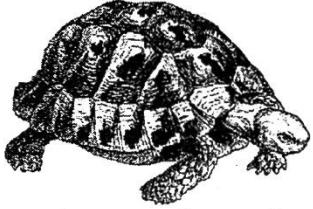
Anmerkungen

- 1 Interview mit KOF-Chef Jan-Egbert Sturm: Vontobel, Niklaus, 2015: Damit hat die SNB nicht gerechnet. In: Schweiz am Sonntag, 13. Juni, Aarau.
- 2 Fahrni, Oliver, 2011: Die nächste Industrialisierung der Schweiz. In: Bärtschi, Hans-Peter (Hg.): Die Industrielle Schweiz. Baden.
- 3 Bundesamt für Statistik, 2015: Erwerbstätigkeit und Arbeitszeit – Detaillierte Daten. Detaillierte Ergebnisse der ETS. www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/02/blank/data/01.html (Abfrage 10.7.2015).
- 4 Gemperli, Simon, 2015: Ein Zeitfenster für Reformen. In: Neue Zürcher Zeitung, 3. März, Zürich.
- 5 Siehe etwa: Basler Zeitung vom 4. Dezember 2014; das Thema «Freisinn blocherscher Prägung» in: Weltwoche vom 11. Dezember 2014, Zürich; die Papiere von Avenir Suisse, Economiesuisse, Arbeitgeberverband auf den jeweiligen Internetseiten.
- 6 www.economiesuisse.ch (Abfrage 10.7.2015): Broschüre «Staat und Wettbewerb» (15. Dezember 2014) und zahlreiche weitere Dokumente.
- 7 Ermotti, Sergio P., 2015: Ein Erfolgsmodell ist gefährdet. In: Tages-Anzeiger, 18. Februar, Zürich. www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Ein-Erfolgsmodell-ist-gefaehrdet/story/12003949?cache=9efAwefu (Abfrage 10.7.2015).
- 8 Fischer, Peter A., 2015: Hoffnungslos, aber nicht ernst? In: Neue Zürcher Zeitung, 4. April, Zürich. <http://zeitungsarchiv.nzz.ch/neue-zuercher-zeitung-vom-04-04-2015-seite-21.html?hint=64822892> (Abfrage 10.7.2015).
- 9 Bezeichnet das Geheimtreffen von Bundesrat Schneider-Ammann mit der Wirtschaftselite am 2. August 2011. Dabei wurde über die Massnahmen gegen die Aufwertung des Frankens beraten und die Intervention der SNB auf den Devisenmärkten unterstützt.
- 10 Die grossen Schweizer Industrieunternehmen erreichten schon 2012 wieder ähnlich hohe Gewinne wie vor der Finanzkrise 2007.
- 11 Bundesgericht, 2011: Medienmitteilung zur Eidgenössischen Volksabstimmung zur Unternehmensreform II. www.bger.ch/mm_1c_174_2011_d.pdf (Abfrage 10.7.2015).
- 12 Union Bank of Switzerland (UBS); Credit Suisse (CS); Zürcher Kantonalbank (ZKB).
- 13 Schweizerische Nationalbank, 2015: Bankenstatistische Monatshefte. www.snb.ch/de/iabout/stat/statpub/statmon/stats/statmon (Abfrage 10.7.2014); Schweizerische Nationalbank, 2007: Die Schweizerische Nationalbank 1907–2007. Zürich.
- 14 Interview mit Oliver Fahrni: Fahrni, Oliver, 2010: UBS und CS müssen geordnet bankrottgehen können. In: work, 7. Oktober, Bern.
- 15 UBS, 2015: First quarter 2015 report. Financial results. www.ubs.com/global/en/about_ubs/investor_relations/quarterly_reporting/2015.html (Abfrage 10.7.2015).
- 16 Neue Zürcher Zeitung, 2015: Geldpolitiker Bernholz fordert von Nationalbank Währungskorb. In: Neue Zürcher Zeitung, 17. Mai., Zürich.
- 17 Zeit Online, 2015: Goldman Sachs führt 17-Stunden-Tag für Praktikanten ein. www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2015-06/goldman-sachs-17-stunden-praktikanten (Abfrage 10.7.2015).
- 18 Tajani, Antonio, 2014: A Plea by Vice-President Tajani to the European Council of 20–21 March. European Comission. http://ec.europa.eu/archives/commission_2010-2014/tajani/headlines/news/2014/03/140320_en.htm (Abfrage 10.7.2014); Höltschi, René, 2012: Alarm in Brüssel. EU will Reindustrialisierung. In: Neue Zürcher Zeitung, 10. Oktober, Zürich; Dürand, Dieter u. a., 2014: McKinsey-Studie. Diese Innovationen entscheiden über Deutschlands Wohlstand. www.wiwo.de/technologie/forschung/mckinsey-studie-zweikampf-mit-den-usa/9867534-3.html (Abfrage 10.7.2015).
- 19 Vgl. Unia, 2015: Wir fordern eine aktive Industriepolitik. www.unia.ch/fileadmin/user_upload/user_upload/AW-Wirtschaft-Brosch-Industriepolitik-dt.pdf (Abfrage

- 10.7.2015); Unia, 2015: Pakt für eine produktive Schweiz. www.unia.ch/fileadmin/user_upload/user_upload/AW-Wirtschaft-Industrie-Pakt-fuer-Produktion.pdf (Abfrage 10.7.2015); Fahrni, Oliver, 2014: Heavy Metall. Wie sich eine Gewerkschaft in der Industrie neu erfindet. Zürich.
- 20 Unia, 2015: Fetter Franken gegen Arbeit. Infobulletin für die Mitglieder der Gewerkschaft Unia in der Industrie, Nr. 5, Juni, Bern, 19.
- 21 Zur Problematik siehe: Denknetz, 2014: Industriepolitik in Europa. www.denknetz-online.ch/sites/default/files/diskurs_20.industriepolitik.pdf (Abfrage 10.7.2015).

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Diskussionsforum für

- Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Probelesen?!
kostenfreies Probeexemplar anfordern!!